

# Europäisches Rüstungs-Dilemma

Dieter Stockfisch

Die Bundesregierung hatte im November 2018 nach der Ermordung des saudischen Journalisten Jamal Kaschoggi im Alleingang alle Rüstungsexporte (auch bereits genehmigte Exporte) nach Saudi-Arabien gestoppt, um das sunnitische Königshaus zu sanktionieren. Das Exportverbot wurde auch wegen Saudi-Arabiens Teilnahme am Jemen-Krieg bis zum 30. September 2019 verlängert. Diese moralisch begründete Haltung ist aber zu einem ernsthaften Hindernis für die europäische Zusammenarbeit in der Rüstungs- und Verteidigungspolitik geworden, denn das Exportverbot betrifft auch Projekte, die in europäischer Gemeinschaftsproduktion mit deutschen Bauteilen hergestellt werden. Dazu zählen u.a. Hubschrauber, Luft/Luft-Raketen, Kampfflugzeuge, Transportflugzeuge, Drohnen, Raketenwarnsysteme oder Sanitätsfahrzeuge. Schon 2014 hatte Berlin z.B. den Export französischer Militärhubschrauber nach Usbekistan blockiert, weil diese kleine Schleifringe aus deutscher Produktion enthielten. Der Exportstopp bedroht auch das europäische Exportprojekt, den Eurofighter. Bei den 48 Jets, die Großbritannien nach Saudi-Arabien liefern will, stammt etwa ein Drittel der Bauteile aus Deutschland. Frankreich und Großbritannien, die Rüstungsexporte traditionell als Teil ihrer Außenpolitik verstehen, überlegen angesichts der deutschen Blockadehaltung, ihre Rüstungsgüter mit dem Label „German free“, also ohne deutsche Bauteile, zu versehen. Das würde den Ausschluss der deutschen Industrie aus der europäischen Rüstungskoope­ration bedeuten. Großbritanniens Außenminister Jeremy Hunt konstatierte: „Der deutsche Exportstopp



Foto: privat

schädigt das Vertrauen in die Zuverlässigkeit Deutschlands und seiner Bereitschaft, gemeinsam in Drittländer zu exportieren.“ In Frankreich werden jetzt auch Zweifel an der deutsch-französi­schen Zusammenarbeit für das Kampf­flugzeug der Zukunft geweckt. Man befürchtet deutsche Exportbremsen und wünscht sich das deutsch-französi­sche „Schmidt-Debré-Abkommen“ der 1970er-Jahre zurück, das die gegenseitige Behinderung von Rüstungsexporten ausschloss. Frankreichs Verteidigungsministerin Florence Parly betonte: „Wir können Europa nicht auf der Basis einseitiger Entscheidungen bauen“, es müssen „stabile Regelungen“ für den Export definiert werden.“ Frankreichs Wirtschaftsminister Bruno Le Maire meinte: „Es ist nutzlos, durch verbesserte Kooperation zwischen Frankreich und Deutschland Rüstungsgüter herzustellen, wenn man nicht in der Lage ist, sie zu exportieren.“ Auch der deutsche Marineschiffbau ist vom Exportverbot betroffen. Auf der zur Lürssen-Gruppe gehörenden Peene-Werft in Wolgast werden unbewaffnete Küstenwachboote für Saudi-Arabien gefertigt, deren Export bereits grundsätzlich genehmigt worden war. Doch jetzt fallen diese Boote unter das Exportverbot. Die Werft muss-

te den Bootsbau stoppen und auf Kurzarbeit umstellen; Entlassungen drohen. Die IG Metall Küste kritisierte das Exportverbot: „Die Bundesregierung muss für eine Lösung sorgen, mit der Beschäftigung und Standort langfristig gesichert werden. Das Thema darf nicht weiter genutzt werden, um sich auf dem Rücken der Beschäftigten parteipolitisch zu profilieren.“ Der Bundesverband der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) fordert Vertrauensschutz für die Unternehmen, deren Exporte genehmigt waren.

Für Rüstungsexporte gibt es noch keine gemeinsamen Grundsätze. Nationale wie europäische Neuregelungen sind überfällig, sonst verhallt das stets angestimmte Hohelied von europäischer Zusammenarbeit. Auch kann die Bundesregierung nicht im Kreis von NATO und EU auf mehr Zusammenarbeit in der Verteidigungs- und Rüstungspolitik pochen und zugleich erwarten, dass sich alle anderen nach den restriktiven deutschen Exportstandards richten. Wer gemeinsam Rüstungsgüter entwickelt und beschafft, muss sich auch auf gemeinsame Kriterien für den Export verständigen. Es wird spannend, wie sich die Bundesregierung aus diesem Rüstungsdilemma befreien will.

Übrigens haben sich die deutschen Sanktionen, die Rüstungsexportverbote gegen Saudi-Arabien, als wirkungslos und sinnlos erwiesen, denn das Land beteiligt sich unbeeindruckt weiter am Jemen-Krieg. Die Rüstungsgüter kommen weiterhin u.a. aus den USA, Frankreich und Großbritannien, und Spanien hat sich jüngst über den Bauauftrag von fünf Korvetten für Saudi-Arabien gefreut. ■